

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohl, René Springer, Gerrit Huy,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/14330 –**

Weniger Unternehmensgründungen, stagnierende Erwerbstätigenzahlen und kaum neue Arbeitsplätze

Vorbemerkung der Fragesteller

Der DIHK-Report (DIHK = Deutsche Industrie- und Handelskammer) Unternehmensgründung 2024 zeigt ein Rekordtief beim Gründungsinteresse und die bisher schlechteste Bewertung des Gründungsstandortes Deutschland durch Jungunternehmer. Die befragten Gründer, Start-ups sowie jungen Unternehmen bewerteten den Standort Deutschland – orientiert an Schulnoten – mit einer 3,6 nur noch als ausreichend und damit im Vergleich zum Vorjahr (3,4) nochmal schlechter (www.dihk.de/resource/blob/120958/a3383295dbf7ebef66e5ba1dd6c91797/dihk-report-unternehmensgruendung-2024-data.pdf).

Laut Statistischem Bundesamt lag die Zahl der Neugründungen von Gewerben von Januar bis September 2024 mit rund 456 000 um 0,9 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/11/PD24_429_52.html). Zudem setzte sich der Trend fort, dass immer weniger Menschen selbstständig sind. Deren Zahl einschließlich der mithelfenden Angehörigen ging um 0,6 Prozent auf 3,8 Millionen zurück (www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/kaum-noch-zusaetzliche-jobs-entstanden-110112685.html).

Auch die Bereitschaft zur Selbstständigkeit im Handwerk ist zunehmend gefährdet. Laut der Meisterabsolventenstudie 2021 des Forschungsinstituts für Berufsbildung im Handwerk wollen nur noch rund 30 Prozent der angehenden Meister ein Unternehmen gründen. Noch vor einem Jahrzehnt waren es 80 Prozent (fbh.uni-koeln.de/wp-content/uploads/2022/12/A56-Absolventenstudie-2021.pdf). Im Jahr 2024 gab es so wenige aktive Gründungsplaner zu verzeichnen wie noch nie (www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/KfW-Gr%C3%BCndungsmonitor-2024.pdf#page=2).

Seitens der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden im Jahr 2024 kaum Impulse auf die Gründungstätigkeit ausgehen. Die schwache Konsumnachfrage und strukturelle Unzulänglichkeiten wie die hohe Regelungsichte, Unsicherheiten über das geschäftliche Umfeld und hohe Kosten der Energieversorgung sind große Herausforderungen – nicht nur für Gründer, sondern für alle Unternehmen. Im dritten Quartal 2024 waren in Deutschland rund 46,1 Mil-

lionen Menschen erwerbstätig. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm die Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 45 000 Personen oder 0,1 Prozent ab (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/11/PD24_427_13321.html).

In der Industrie sehen die Fragesteller schon fast einen Abschied auf Raten durch verstärkte Produktionseinschränkungen und Abwanderungstendenzen (www.ihk-siegen.de/fileadmin/user_upload/Presse/Wirtschaftsreport/2024/September/WR_09.24.pdf#page=32). Wenn jetzt auch noch immer weniger Menschen hierzulande ein Unternehmen gründen wollen, gehen nach Auffassung der Fragesteller wichtige Potenziale für Wachstum und Innovationen – und damit Arbeitsplätze – verloren. Es besteht daher in den Augen der Fragesteller dringender Handlungsbedarf, um ein attraktiveres und stabileres Umfeld für Unternehmensgründungen zu schaffen und den Mittelstand zu erhalten.

1. Inwieweit werden nach Kenntnis der Bundesregierung Interessen- und Berufsverbände oder öffentliche Einrichtungen aus Wissenschaft und Forschung in Erhebungen und Ursachenforschung zum Rekordtief des Gründungsinteresses einbezogen?

Die Bundesregierung steht mit Blick auf das Gründungsgeschehen in Deutschland in regelmäßigem Austausch mit Unternehmensverbänden und wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und berücksichtigt die bei diesem Austausch gewonnenen Erkenntnisse bei etwaigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

2. Hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode Studien zu den Ursachen des Rekordtiefs beim Gründungsinteresse in Auftrag gegeben, und wenn ja, in welche Konzepte oder Gesetzesvorhaben zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gründer, Start-ups sowie junge Unternehmen sind die Ergebnisse eingeflossen?

Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode keine Studien mit Blick auf den genannten Aspekt in Auftrag gegeben. Allerdings liefert u. a. der zitierte jährlich erscheinende KfW-Gründungsmonitor wichtige Erkenntnisse zur Entwicklung der Gründungszahlen sowie Anhaltspunkte zur Erklärung selbiger. Der KfW-Gründungsmonitor 2024 weist für das Jahr 2023 einen Anstieg der Existenzgründungen um 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Die positive Entwicklung der Gründungszahlen im genannten Zeitraum zeigt sich auch in den Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis): So nahm die Zahl der Gewerbeanmeldungen laut Destatis im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Prozent zu. Gleichzeitig gibt es laut dem KfW-Gründungsmonitor seit dem Beginn des Jahrtausends insgesamt einen relativ kontinuierlichen Rückgang der Gründungszahlen. Eine mögliche Erklärung für diesen Rückgang ist demnach die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes im selben Zeitraum. Gemäß dem KfW-Gründungsmonitor 2024 stellen finanzielles Risiko und bürokratische Hürden die höchste Gründungsbarriere bzw. das häufigste Gründungshemmnis dar.

Daher unterstützt die Bundesregierung Unternehmensgründungen mit zahlreichen Angeboten und Maßnahmen, von denen sich einige der genannten Hemmnisse annehmen.

Hierzu zählt zum Beispiel der seit November 2024 zur Verfügung stehende Förderkredit Gründung und Nachfolge des European Recovery Programme (ERP). Das Programm wird in Kooperation zwischen der KfW und den Bürgschaftsbanken durchgeführt. Der von der KfW bereitgestellte Durchleitungskredit an die Hausbank ist mit einer hundertprozentigen Garantie einer Bürgschaftsbank abgesichert. Mit dem Programm werden Gründungen, Nachfolgeregelungen oder Festigungen von Unternehmen in Deutschland gefördert. Der Kreditbetrag liegt bei maximal 500 000 Euro pro Antragsteller. Es werden bis zu 35 Prozent der förderfähigen Kosten finanziert. Das Angebot ist für alle Branchen offen, also auch für Handwerksbetriebe.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sowie dem Statistischen Bundesamt einen Praxischeck zu Neu- und Nachfolgegründungen durchgeführt, um in der Praxis bürokratische Hürden im Gründungsprozess zu identifizieren und zusammen mit Gründenden und Verwaltungsstellen Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die Ergebnisse sind seit Dezember 2024 auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu finden (Ergebnispapier Praxischeck „Einfach(er) gründen“).

3. Welche Auswirkungen hat der Rückgang der Selbstständigen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit und die Innovationstätigkeit in Deutschland?

Ein dynamisches Gründungsgeschehen ist für die Innovationskraft, die Investitionstätigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands von erheblicher Bedeutung. Daher unterstützt die Bundesregierung Unternehmensgründungen und Selbstständigkeit im Allgemeinen mit zahlreichen Angeboten und Maßnahmen.

4. Welche Förderprogramme und Initiativen gibt es mit welchem Budget und mit welchem Erfolg, die speziell darauf abzielen, die sinkende Bereitschaft zur Selbstständigkeit, insbesondere im Handwerk, zu stoppen?
5. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um ein attraktiveres und stabileres Umfeld für Unternehmensgründungen zu schaffen und den Mittelstand zu erhalten?

Die Fragen 4 und 5 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung unterstützt Neu- und Nachfolgegründungen und Selbstständigkeit im Allgemeinen mit zahlreichen Angeboten und Maßnahmen. Hierzu zählen zum Beispiel die beiden bereits in der Antwort zu Frage 2 erwähnten Maßnahmen. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung das Zustandekommen erfolgreicher Unternehmensnachfolgen u. a. mit der gemeinsam von KfW und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz betriebenen kostenfreien Unternehmensnachfolgebörse nexus-change.org. Gerade im Handwerk ist das Thema Unternehmensnachfolge von erheblicher Relevanz.

6. Wurden die Forderungen der befragten Gründer laut DIHK-Report Unternehmensgründung 2024 (www.dihk.de/resource/blob/120958/a3383295dbf7ebef66e5ba1dd6c91797/dihk-report-unternehmensgruendung-2024-data.pdf) auf die Frage, was geschehen muss, um den Gründungsstandort Deutschland zu verbessern, nämlich
- a) schnellere und einfachere Regularien (73 Prozent der Antworten),
 - b) Steuerrecht vereinfachen (65 Prozent der Antworten),
 - c) einfacher Zugang zu öffentlichen Fördermitteln (30 Prozent der Antworten)
- berücksichtigt, und wenn ja, inwieweit wurden sie jeweils in Gesetzesvorhaben in dieser Legislaturperiode umgesetzt?

Der zitierte Report Unternehmensgründung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) liefert ebenso wie der in der Antwort zu Frage 2 erwähnte KfW-Gründungsmonitor wichtige Erkenntnisse zur Entwicklung der Gründungszahlen sowie Anhaltspunkte zur Erklärung selbiger. Die dabei thematisierten Ansätze zur Verbesserung des Gründungsstandorts finden in verschiedenen Maßnahmen und Angeboten der Bundesregierung Berücksichtigung, u. a. in den in der Antwort zu Frage 2 erwähnten Angeboten und Maßnahmen.